

Michael-Burkhard Piorkowsky

Verbrauchersozialpolitik für eine nachhaltige Entwicklung

In diesem Beitrag wird die Ankündigung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke auf dem Verbrauchertag 2022, die klassische Verbraucherpolitik auch im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit weiter voranzutreiben, aufgegriffen, die ‚konkrete Utopie der Halbtagsgesellschaft‘ von Carsten Stahmer für eine nachhaltige Entwicklung ein wenig weitergedacht und mit Blick auf Verbraucher und Verbraucherpolitik konkretisiert. Zunächst werden ausgewählte Impulse und Argumente für die Ausprägung einer sozialpolitischen Dimension der Verbraucherpolitik hervorgehoben und die Ankündigung der Bundesministerin Lemke in den Kontext von Verbraucher- und Umweltpolitik eingeordnet. Anschließend werden das Grundkonzept der Halbtagsgesellschaft skizziert, Verbraucherrollen in einer solchen Gesellschaft beleuchtet und Konsequenzen für eine Verbrauchersozialpolitik abgeleitet. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick.

1. Impulse und Argumente für die Ausprägung einer sozialpolitischen Dimension der Verbraucherpolitik

1.1 Vom mikroökonomischen Modell zum verhaltensökonomischen Modell des Verbrauchers in der Verbraucherpolitik

Klassische Verbraucherpolitik wird traditionell – marktökonomisch orthodox – mit der Wettbewerbspolitik abgedeckt und im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Soweit überhaupt eine spezifische Ausprägung der Verbraucherpolitik für notwendig gehalten wird, gilt sie herkömmlich als spezielle Wirtschaftspolitik, mit der die strukturelle, großen- und organisationsbedingte Unterlegenheit der Verbraucherhaushalte gegenüber den Unternehmen gemildert werden soll (Jaquemoth/Hufnagel 2018, 203–206). Schon länger sollten aber auch sozialpolitische Aufgaben wahrgenommen werden können, für deren Koordinierung unter den Ressorts im Jahre 1966 der Interministerielle Ausschuss für Verbraucherfragen eingerichtet wurde, dessen Vorsitz beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen lag (Deutscher Bundestag 1971, 3f., 14). Christian Bala und Klaus Müller

(2014, 9) stellen allerdings noch 30 Jahre später fest: „Der klassische Verbraucherschutz ist an den Möglichkeiten und Ressourcen der Mittelschicht ausgerichtet“. Das verbraucherpolitische Leitbild im deutschen Wirtschaftswunderland war – über Jahrzehnte als anzustrebendes Ideal und sogar als bereits erreichte Realität propagiert – der ‚mündige Verbraucher‘, der selbstbestimmt und gut informiert seine Entscheidungen treffen kann (kritisch-konstruktiv Scherhorn 1973).

Zunehmendes Unbehagen angesichts der Dominanz der normativ-fiktiven Figur des mündigen Verbrauchers veranlasste eine Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für Verbraucher- und Ernährungspolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010) zu einem Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik. Im Mittelpunkt der Stellungnahme steht eine empirisch und verhaltensökonomisch inspirierte Skizze von vertraulichen, verletzlichen und verantwortungsvollen Rollen ausprägungen von Verbrauchern. Mit Blick auf die verletzlichen Verbraucher wird u.a. ausgeführt: „Die ‚verletzlichen‘ Verbraucherinnen und Verbraucher stehen eher im Abseits der Verbraucherpolitik. Immer mehr Verbrauchern fällt es schwer, mit den herkömmlichen Herausforderungen der Alltags- und Lebensökonomie zu Recht zu kommen, geschweige denn mit den neuen. Sie geraten in Gefahr, vom sozialen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen zu werden, sei es durch Überschuldung, Krankheit oder mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten. Dazu zählt auch das wachsende Problem der ‚Versorgungsarmut‘, etwa durch hohe Energiekosten“ (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2010, 2). Die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats war, wenn nicht der Auslöser, so doch zumindest der Beschleuniger für die Wahrnehmung und Diskussion von Ernährungsarmut, Energiearmut und weiteren defizitären Lebensbereichen von Verbrauchern in Verbraucherforschung und Verbraucherpolitik (Beiträge in Bala/Müller 2014; Hellmann 2023, 252–256, 306f.).

Bereits zuvor wurde im Zusammenhang mit der politischen Wiederentdeckung und zunehmenden wissenschaftlichen Analyse von Armut die sozialpolitische Dimension in Lebenskontexten von Verbrauchern, vor allem Haushalt und Familie, seitens der Politik auf Bundes- und Länderebene im Rahmen des Armutspräventionsprogramms der Bundesregierung in der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in umfangreiche praktisch-politische Maßnahmen umgesetzt und deren Verstetigung und Weiterentwicklung angeregt (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001; Bertsch/Piorkowsky 2005; Piorkowsky 2014). Verbraucher- und Sozialpolitik waren damit von 1999 bis 2002 faktisch stärker verzahnt als je zuvor. Mit der Einrichtung des Bundesministeriums für

Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Jahr 2001 wurde diese Verzahnung durch eine Akzentsetzung auf nachhaltige Entwicklung angereichert. Der politische ‚Dreiklang‘ ist, wie im folgenden Abschnitt dargelegt wird, aktuell und könnte noch bedeutsamer werden – letzteres ist, wie im Titel formuliert, die Kernthese dieses Beitrags.

1.2 Von der klassischen Verbraucherpolitik zur Verbrauchersozialpolitik im 21. Jahrhundert

Im Rahmen des Deutschen Verbrauchertags am 26. September 2022 hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke in einem Livestream verbraucherpolitische Maßnahmen der Bundesregierung zur Milderung der Energiepreiskrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine erläutert und eine Neuorientierung der Verbraucherschutzpolitik angedeutet, die der Ressortzuständigkeit ihres Ministeriums entspricht (Verbraucherzentrale Bundesverband 2022). Die neu ausgerichtete Verbraucherpolitik lässt sich als Verbrauchersozialpolitik bezeichnen, die vor allem auf verletzliche Verbraucher mit geringen Einkommen zielt. Finanzielle ‚Hilfspakete‘ und regulative Maßnahmen – so die Bundesministerin – sollen die krisenbedingten Preissteigerungen, nicht nur bei Energie, sondern auch in anderen Lebensbereichen, vor allem bei Lebensmitteln, abfedern sowie Strom- und Gassperren verhindern und die kurzfristige Kündigung lebenswichtiger Verträge, insbesondere von Mietverträgen, erschweren. Bundesministerin Lemke hat auch angesprochen, dass die Belastungen weit über die Gruppe der Verbraucher mit den geringsten Einkommen hinaus reichen würden, und sie hat weitergehende Maßnahmen angekündigt und klargestellt: „Wir treiben die klassische Verbraucherpolitik weiter voran“ (www.bmuv.de/rede/impulsrede-von-steffi-lemke-auf-dem-deutschen-verbrauchertag-2022).

Die von Bundesministerin Lemke skizzierten Vorhaben betreffen Maßnahmen zum wirtschaftlichen Verbraucherschutz, zur sozialen Stabilisierung und zur ökologischen Nachhaltigkeit, von denen einige hier zitiert sind:

- „Wir streben dabei [im Rahmen aufsuchender Verbraucherarbeit, M.-B. P.] eine stärkere Vernetzung an mit Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit den Multiplikatoren vor Ort, natürlich mit Flüchtlingsorganisationen“.
- „Wir fördern als Bundesumwelt- und Verbraucherschutzministerium künftig mit noch mehr Mitteln Projekte zum Schutz vor Ver- und Überschuldung“.
- „Wir wollen die Kreislaufwirtschaft stärken, damit Produkte reparierbar gehalten werden können, damit wir ein Stück rausgehen können aus der Weg-

werfgesellschaft, damit auch teure Rohstoffe und teure Importe sparen können. Diesen Bereich will ich in diesen Zeiten nicht aus den Augen verlieren“.

Die zitierten Themenschwerpunkte entsprechen dem weithin bekannten Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Soziales und Ökologie und finden sich – ergänzt und ausdifferenziert – in den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, die im September 2015 auf dem Weltgipfel der UN für nachhaltige Entwicklung von allen Mitgliedsstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet worden sind: Kampf gegen Armut, Hunger beenden, Gesundes Leben, Hochwertige Bildung, Geschlechtergleichheit, Sauberes Wasser, Saubere Energie, Arbeit und Wirtschaftswachstum, Ausbau der Infrastruktur, Ungleichheiten reduzieren, Nachhaltige Städte, Nachhaltiger Konsum, Klimaschutz, Leben unter Wasser, Leben an Land, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen, Partnerschaften für diese Ziele (Die Bundesregierung 2023).

Es ist offensichtlich, dass sich sowohl die im Drei-Säulen-Modell genannten Bereiche als auch etliche UN-Nachhaltigkeitsziele überlappen und die Zusammenstellungen an sich keine Priorisierung erkennen lassen. Insbesondere das Wachstumsziel ist umstritten und muss wohl zumindest regional unterschiedlich gewichtet werden. Da nach heutigem Wissenstand die ökonomischen und sozialen Prozesse den Naturgesetzen genügen müssen, wäre ökologische Nachhaltigkeit im Sinne der ursprünglichen Formulierung von ‚Sustainable Development‘ im Bericht der World Commission on Environment and Development (1987, 43) eine Entwicklung „that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“, der man Priorität einräumen und dies mittel- und langfristig anstreben sollte (Piorkowsky 2001, 51ff.; Deutscher Bundestag 2019; Remmert 1992, 5). Dazu findet sich in Deutschland eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung. So unterstützen das politische Ziel, die ‚deutsche Wirtschaft umwelt- und klimafreundlich umzubauen‘, 90 % der repräsentativ ausgewählten Jugendlichen und Erwachsenen in der Erhebung zum ‚Umweltbewusstsein in Deutschland 2022‘ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und Umweltbundesamt 2023, 69). Von den Befragten sind 53 % ‚sehr dafür‘ und 37 % sind ‚eher dafür‘. Allerdings erwarten 74 % der Befragten, dass ein solcher Umbau die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrößert, und 39 % haben Angst vor sozialem Abstieg aufgrund des Umbaus (ebd., 66). Als Beispiele für Umbaumaßnahmen werden im Ergebnisbericht – hier wörtlich zitiert – die Folgenden genannt (ebd., 69):

- Produkte und Produktionsverfahren sollen umwelt- und klimafreundlicher werden,
- Energie soll nicht mehr aus Kohle, Öl und Gas, sondern vor allem aus Wind- und Solarenergie gewonnen werden,
- von der Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren soll auf Autos mit Elektromotoren umgestiegen und öffentliche Verkehrsmittel sollen ausgebaut werden.

Die in der Befragung zum Umweltbewusstsein gewählten Beispiele für Umbaumaßnahmen der Wirtschaft wie auch die von der Bundesministerin für Umwelt- und Verbraucherschutz genannten Beispiele zur Kreislaufwirtschaft sind zutreffend gewählt, aber unvollständig und vermitteln nur ein sehr eingeschränktes Bild von einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Experten sehen das Problem der nachhaltigen Entwicklung vor allem als ein Mengenproblem. Danach müssten die reifen Industrieländer vor allem das Niveau von Produktion und Konsum erheblich reduzieren, damit deren Umweltbelastungen spürbar sinken und Ressourcen für die Entwicklung in anderen Regionen der Welt frei werden (Ayres/Simonis 1994; Raworth 2018).

Allerdings werden umweltpolitische Ziele immer wieder für andere Erfordernisse zurückgestellt und verwässert. Der Umweltmonitor 2020 des Umweltbundesamtes zeigt erstmals ein verdichtetes Gesamtbild zum Zustand der Umwelt und weist in zehn an Umweltgütern und Handlungsfeldern orientierten Themenbereichen mit 30 Indikatoren im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele den Stand der angestrebten Erreichung umweltpolitischer Ziele der Bundesregierung bis 2030 nach. Das Ergebnis ist insgesamt nicht zufriedenstellend. In keinem Themenbereich werden nach Expertenmeinung bei Fortsetzung des Trends die Umweltziele zu mindestens 95 % erreicht. In allen Themenbereichen finden sich Indikatoren (insgesamt 21), die das jeweilige Ziel deutlich verfehlten oder nicht erreichbar erscheinen lassen (Umweltbundesamt 2020, 8–11). Besonders problematisch beurteilt werden die Zustände in den fünf Bereichen Wasser, Klima, Fläche und Landökosysteme, Verkehr, Umweltgerechtes Wirtschaften. Die kausalen Zusammenhänge sind offensichtlich.

Eine äußerst kritische Einschätzung findet sich im Impulspapier des Sachverständigenrats für Umweltfragen (2020, 3). Es sei „trotz bereits erzielter Fortschritte in zahlreichen Bereichen ein Neustart“ erforderlich (ebd., 1). „Ohne eine zügige Neuausrichtung des ökonomischen Systems kann die Umweltkrise nicht eingegrenzt werden“ (ebd., 3). Die Politik möge „attraktive Perspektiven entwickeln und ökonomische Beteiligung ermöglichen“ (ebd., 4). Zur Rolle der Wissenschaft heißt es: „Wissenschaft kann und soll einer Gesellschaft nicht vorschreiben, wie

sie zu leben hat und welche Risiken akzeptabel sind. [...] Wissenschaftlicher Sachverstand leistet aber einen elementaren Beitrag dazu, auf Gefahren hinzuweisen, Handlungsoptionen aufzuzeigen und deren Folgen abzuschätzen“ (ebd.).

Angesichts der basalen Rolle der Verbraucher im Wirtschaftsleben und der wohl notwendigen und auch angemahnten Systemänderungen sowie der Ankündigung der Bundesumwelt- und Verbraucherschutzministerin liegt es für die Verbraucherforschung nahe, die Hinweise des Sachverständigenrats für Umweltfragen aufzugreifen und zumindest ansatzweise umzusetzen. Im folgenden Abschnitt werden anknüpfend an ein in der Literatur konkretisiertes Modell einer nachhaltigen Gesellschaft strukturelle Wandlungen sowie Folgerungen für Verbraucher und eine Verbrauchersozialpolitik abgeleitet. Besondere Berücksichtigung finden die zitierten Sorgen der Verbraucher und die vom Sachverständigenrat empfohlene Anregung ökonomischer Beteiligung der basalen Akteure.

Von den Visionen einer nachhaltigen Gesellschaft aus dem Wissenschaftsbereich – mehrheitlich konzipiert zwischen einer radikal deindustrialisierten Postwachstumsökonomie und einer High-Tech Green Economy – wird mit dem Konzept der Halbtagsgesellschaft eine mittlere, ökonomisch zeitgemäße und an den aktuellen Stand anschlussfähige Alternative für einen Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung skizziert (Schaffer/Stahmer 2005). Ein zentraler Baustein des Modells ist die Reduzierung der Erwerbstätigkeit zugunsten der Ausweitung der nicht bezahlten Arbeit, insbesondere in privaten Haushalten, nachbarschaftlichen und kommunalen Netzwerken und Non-Profit-Organisationen, also eine Verlagerung von marktlichen auf nicht-marktliche Versorgungssysteme. Es bleibt folglich bei einer Vollzeitgesellschaft, aber mit erheblichen Veränderungen in den Dimensionen und Organisationsformen von Produktion und Konsum. Ähnliche, aber weniger konkrete Vorstellungen finden sich z.B. bei Kate Raworth (2018, 92f., 264, 278) und Niko Paech (2021, 120–124, 151).

2. Verbrauchersozialpolitik für eine nachhaltige Teilzeit-Erwerbsgesellschaft

2.1 Das Grundkonzept der Halbtagsgesellschaft

Die Grundidee des Modells besteht in der Reorganisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit für die Güterversorgung. Alle ausgebildeten und erwerbsfähigen Mitglieder der Gesellschaft sollen die Möglichkeit haben, durchschnittlich die Hälfte der Werkstage mit bezahlter Arbeit zu verbringen (Schaffer/Stahmer 2006a, 14). Angestrebt werden soll eine Reduktion der Erwerbstätigkeit auf letztlich durchschnittlich 1.000 Stunden pro Jahr, das entspräche einer 24-Stun-

den-Woche mit Abschlägen für Ferien, Urlaub und Krankheit (Schaffer/Stahmer 2006b, 178). Die Erwerbsarbeit könnte tageweise, wochenweise, monatsweise oder jahresweise aufgeteilt werden. Blockmodelle wären gegenüber täglicher Halbtags-Erwerbstätigkeit aus ökologischen Gründen vorzuziehen (Schaffer/Stahmer 2005, 234; 2006a, 14). Die schrittweise Reduktion der Erwerbstätigkeit sollte ohne bzw. mit geringem Lohnausgleich erfolgen. Produktivitätsfortschritte könnten zunächst statt mit Lohnerhöhungen teilweise mit der Verringerung der Arbeitszeit „abgegolten“ werden (Schaffer/Stahmer 2005, 234f.). Die Lücke in der Güterversorgung wäre durch nicht marktbezogene Aktivitäten zu schließen, für die persönliche Ansprüche an Zeitverwendungen eingeschränkt werden müssten (ebd., 236). Auch die Konzentration auf eine vollzeitliche Erwerbstätigkeit oder ausschließlich nicht-marktliche Versorgungsarbeit soll möglich sein.

Die beabsichtigte Reduktion der marktgerichteten Produktion und die absehbar niedrigeren Steuereinnahmen würden dazu führen – so die Autoren –, daß der Staat und die Wohlfahrtseinrichtungen ihre sozialen Leistungen nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten können. Die Versorgungslücke müsste geschlossen werden, indem jeder aktive Erwachsene neben seiner bezahlten Arbeit soziale Aufgaben übernimmt, z.B. die Erziehung und Betreuung von eigenen oder fremden Kindern sowie die Betreuung und Pflege von älteren und kranken Menschen. Dies könnte individuell in Nachbarschaftshilfe oder im Rahmen informeller sozialer Netzwerke und formaler Organisationen geschehen. Die Autoren weisen auf das Beispiel der Seniorengenossenschaften hin (Schaffer/Stahmer 2005, 234f.; 2006a, 14f.).

Axel Schaffer und Carsten Stahmer haben in Modelrechnungen die angestrebten Veränderungen der Zeitverwendung in der Halbtagsgesellschaft auf der Grundlage von Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Zeitbudgetdaten sowie Verhaltensannahmen geschätzt (Tab. 1).

Tabelle 1. Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2000 nach dem Modell der Halbtagsgesellschaft (in Mrd. Stunden; Veränderungen in %)

Zeitverwendung nach Aktivitätsarten der Zeitbudgeterhebung 2001/02	Ausgangssituation im Jahr 2000	Modell der Halbtagsgesellschaft	Veränderungen in %
Persönliche Aktivitäten (Schlaf, Hygiene, Freizeit)	539,2	540,1	0,2 %
Qualifikation und Bildung	20,9	22,8	8,9 %
Hauswirtschaftliche Arbeit i.e.S. und Handwerk	83,0	83,0	0,0 %
Betreuung und Pflege von Haushaltsmitgliedern	9,6	14,4	49,4 %
Ehrenamt, soziales Engagement	3,5	5,4	51,7 %
Erwerbsarbeit	64,0	54,6	- 14,6 %
Insgesamt (82,2 Mio. Pers. * 24 Std. * 365 Tage)	720,2	720,3	0 %

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Schaffer/Stahmer 2006b, 179f., Tab. 16.2.

Das Zeitbudget der 82,2 Mio. Personen mit jeweils 24 Stunden an 365 Tagen, also rund 720 Mrd. Stunden, in der Ausgangssituation im Jahr 2000 ändert sich in der Modellrechnung für die Halbtagsgesellschaft nicht. Für hauswirtschaftliche Arbeit i.e.S. wie Reinigung der Wohnung und Zubereitung von Mahlzeiten, und Handwerk, z.B. Reparaturen, wird eine insgesamt unveränderte Zeitverwendung angenommen. Erhebliche Umwidmungen in der Zeitverwendung ergeben sich aus den Modellannahmen zur Umschichtung von Erwerbsarbeit zu Nicht-Erwerbsarbeit, insbesondere für Betreuung und Pflege sowie ehrenamtliches und soziales Engagement. Geringe Umwidmungen zeigen die Modellrechnungen für persönliche Aktivitäten sowie Qualifikation und Bildung.

Neue Modellrechnungen zur Halbtagsgesellschaft auf der Basis von Daten für das Jahr 2010 zeigen entsprechend angepasste Ergebnisse in der Zeitverwendung der Bevölkerung. Die Ergebnisse lassen nicht den Schluss zu, dass sich die generelle Differenzierung und Ausprägung von Erwerbs- und Verbraucherrollen gegenüber der Ausgangssituation im Jahr 2000 (siehe Tab. 1) erheblich verändert haben (Stahmer 2011, 98–109, Tab. 2, 4, 5). Das gilt auch für die Jahre 2012/2013 und 2022, wie die Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen zeigen (Statistisches

Bundesamt 2024). Aber solche Veränderungen sind in einer Teilzeit-Erwerbsgesellschaft zumindest in differenzierten Rollenausprägungen zu erwarten.

2.2 Ausprägungen von Verbraucherrollen in einer nachhaltigen Teilzeit-Erwerbsgesellschaft

Das Modell der Halbtagsgesellschaft impliziert weitreichende Veränderungen in Strukturen und Verhaltensweisen von personalen und institutionellen Akteuren. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des – spiegelbildlich zur Reduktion der Erwerbstätigkeit – erheblich erweiterten Spektrums und Umfangs der Verbraucheraktivitäten. Hier soll der Blick – teilweise auch über die für das quantifizierte Modell der Halbtagsgesellschaft getroffenen Struktur- und Verhaltensannahmen hinaus – auf die Ausformung von Verbraucherrollen und mögliche Konsequenzen für eine Verbrauchersozialpolitik gerichtet werden.

Nach dem Modell der Halbtagsgesellschaft – wie auch nach der Überzeugung des Autors dieses Beitrags – sind jugendliche und erwachsene Verbraucher entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit generell als Verbraucher-Produzenten, also als *Prosumenten* (*Prosumers*), zu verstehen. Schaffer und Stahmer (2005, 230) stellen klar: „Jedem Mitglied der Gesellschaft kommt sowohl die Rolle des Erbringers (Produzenten) als auch des Nutznießers (Konsumenten) von Leistungen beziehungsweise der damit verbundenen Aktivitäten zu“. Die Prosumentenrolle ist besonders gut erkennbar im Kontext des eigenen Haushalts, aber sie zeigt sich auch bei verbraucher-bürgerschaftlichen Aktivitäten in informellen Gruppen und formalen Organisationen, insbesondere bei personenbezogenen Dienstleistungen, wie Betreuung und Versorgung, sowie bei marktvermittelten Aktivitäten, z.B. im Rahmen von Tauschbörsen. Weitere Rollenausprägungen als Verbraucher-Bürger (*Consumer Citizen* oder kurz *Concitizen*) und/oder als Verbraucher-Unternehmer (*Consumer Entrepreneur* oder kurz *Conpreneur*) entwickeln sich oft in fließenden Übergängen aus der Zentralrolle des Verbraucher-Produzenten (Piorowsky 2023). In der Teilzeit-Erwerbsgesellschaft ist ein Bedeutungszuwachs bei allen drei Rollenausprägungen zu erwarten.

Die Rolle als *Prosumer* im eigenen Haushalt ist die Kernrolle der Verbraucher, die je nach Haushaltsform unterschiedlich ausgeformt sein kann. Auf dem Weg in eine nachhaltige Teilzeit-Erwerbsgesellschaft dürfte die Zeit für Haushaltarbeit insgesamt erheblich zunehmen. Zum Ausgleich für die zurückgehende Marktversorgung und öffentliche Versorgung ist mit einer Ausweitung von hauswirtschaftlichen und handwerklichen Tätigkeiten, von Aufgaben im Rahmen des Haushaltsmanagements, z.B. Finanz- und Zeitplanung, und von Betreuungs- und

Versorgungsarbeit zu rechnen. In Paarhaushalten könnten die Aufgaben gleichmäßiger auf die Haushaltsmitglieder verteilt werden. Dann würden Frauen mehr Erwerbsarbeit und weniger Haushaltssarbeit leisten, und Männer hätten weniger Erwerbsarbeit und mehr Haushaltssarbeit zu verrichten (Schaffer/Stahmer 2006a, 15f.; 2006b, 179f., 182f.).

Die zu erwartende Verringerung der Erwerbseinkommen – nach Status quo-Schätzung für Anfang der 2000er-Jahre um bis zu 30 % (Lang 2006, 136) – dürfte zu einer deutlich sparsameren und achtsameren Beschaffung und Nutzung von Marktgütern führen. „Smart Shopping“ und Spreizung der Verteilung der Ausgaben auf wenige teure Güter einerseits und preiswerte Alltagsprodukte andererseits dürften stark zunehmen. Haushalte von Beschäftigten in unteren Einkommensgruppen, von Geringverdienenden und von Alleinerziehenden könnten bei reduzierten Erwerbsarbeitszeiten ohne vollen Lohnausgleich unter das Existenzminimum geraten (ebd., 136f.). Zu erwarten sind auch entsprechende Auswirkungen hinsichtlich der Ansprüche auf Leistungen aus den Systemen der sozialen Sicherung. Die Aktivierung bewährter und auch neuer Praktiken der Beschaffung und Versorgung, wie die Nutzung von Tausch- und Reparaturgelegenheiten, z.B. Tauschbörsen und Repaircafés, sowie die wechselseitige Unterstützung durch gelegentliche bzw. regelmäßige und formal organisierte Nachbarschaftshilfe und soziale Dienste, ggf. mit Zeitgutschriften als Ersatzwährung, könnten monetäre Einkommensbußen von besonders verletzlichen Verbrauchern mildern, aber wohl nicht ausgleichen.

Die Rollenausprägung als *Concitizen* ist ethisch, sozial- und/oder umweltpolitisch begründet und in der Praxis durch den Anspruch geprägt, mit verantwortungsvollem Handeln zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen. Dies kann je nach Umfang des Engagements sehr facettenreich sein. Verbraucher-bürgerschaftliches Verhalten schließt – zwar nicht in jedem Fall, aber generell – mehr oder weniger regelmäßige Nachbarschaftshilfe auf Gegenseitigkeit und intensives Tauschen und Verschenken, aber auch gelegentliches Verkaufen von Waren und Diensten sowie Aktivitäten zur Beteiligung an der Gründung und Mitwirkung in informellen Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen und formalen Non-Profit-Organisationen ein (Dahm 2006; Piorkowsky 2020, 64–69). Auch diese Rollenausprägung bzw. deren Facetten würden in einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Teilzeit-Erwerbsgesellschaft – konstruktionsbedingt – erheblich zunehmen; und sie dürften nicht nur durch Mitmachen, sondern – noch deutlich stärker als bisher – durch vielfache Gründung von informellen und formalen Organisationen sowie Übernahme von neuen Steuerungsaufgaben

an Bedeutung gewinnen, z.B. für die Gestaltung der Systeme zur Nutzung von Regional- und Zeitwährungen (Schaffer/Stahmer 2006a, 17).

Bei Formen unentgeltlicher Produktion auf Gegenseitigkeit, wie Betreuungs-, Pflege- und Transportdienste, z.B. in Patienten-Selbsthilfe-Initiativen und Eltern-Kinder-Gruppen, werden die Rollen zwischen Anbieter und Nachfrager bzw. Produzent und Nutzer mehr oder weniger regelmäßig gewechselt (Gross/Badura 1977, 374). Dabei können gerade auch die Anbieter bzw. Produzenten eine produktiv-konsumtive Nutzenstiftung erfahren, z.B. in Form von Ansehen und Selbstrespekt (ebd., 380). Dies gilt auch für umweltorientierte Aktivitäten, sei es durch Organisationsgründung, Mitwirkung an Kampagnen oder konkreten Projekten zum Umweltschutz. Die erhoffte Zunahmen des Umweltbewusstseins dürfte die Nachfrage nach Marktgütern dämpfen und den Verzicht bzw. die Reduktion umweltschädlicher Aktivitäten befähigen. Allerdings ist nicht für alle Aktivitätsbereiche sicher, dass die erhofften positiven ökologischen Effekte eintreten. Anders als beim Wechsel vom Auto auf das Fahrrad könnte die Ausweitung gering qualifizierter Selbstversorgung mit herkömmlicher bzw. veralteter Haushaltstechnik auch mit negativen Umwelteffekten einhergehen (Joerges 1981).

In der Rollenausprägung als *Conpreneur* ist das Verhalten der Verbraucher marktökonomisch orientiert. Verbraucher können insbesondere durch Verkauf ausgesonderter Haushaltsgüter, durch Vermietung von nicht selbst genutztem Wohnraum und durch Lieferung von überschüssigem Strom aus der eigenen Dachsolaranlage an den regionalen Energieversorger Einkünfte erzielen, um ihr monetäres Einkommen aufzubessern. Verkäufe auf Internetplattformen und Kurzzeitvermietungen an Touristen sowie ‚Energie-Prosumption‘ sind bekannte Beispiele. Weniger bekannt, aber durchaus verbreitet sind genossenschaftliche Modelle, insbesondere Energieprosumanten-Genossenschaften, wobei die Genossen sowohl Prosumanten im Haushalt als auch *Conpreneure* im Unternehmen sind (Loske 2016; Klemisch/Boddenberg 2016; Piorkowsky 2023). Außerdem können Verbraucher als Einzelunternehmer Unternehmen gründen oder sich daran beteiligen.

Es ist zu erwarten, dass Verkäufe von Waren und Diensten ‚von privat an privat‘ zunehmen, um den Rückgang der Erwerbsbezüge zumindest teilweise auszugleichen. Die Ausweitung einer verbraucher-unternehmerischen Tätigkeit zu einer formgerechten Einzelunternehmung, auch in Teilzeit, könnte schrittweise vollzogen werden. Grundsätzlich kommen dafür alle Wirtschaftsbereiche in Frage, in denen Miniunternehmen dominieren (Piorkowsky 2020, 27–30; 54–63). Die Genossenschaft als Unternehmens- und Rechtsform bietet sich für größere Vorhaben an, wenn es nicht um die Rendite der Investition, sondern um die

Mitwirkung am Unternehmensgeschehen und die Sicherung der Versorgung geht (Raworth 2018, 278). So lassen sich Unternehmen mittlerer Größe gründen und führen, für die sich kein Investor interessiert. Die bereits genannten Energie- bzw. Seniorengenosenschaften sind lediglich zwei Beispiele. Für die Aufrechterhaltung von marktlich organisierten Angeboten wären z.B. auch Genossenschaften im Einzelhandel, im Transportwesen sowie im Kultur- und Sozialbereich zu erwarten.

2.3 Konsequenzen für eine nachhaltigkeitsorientierte Verbrauchersozialpolitik

Für eine nachhaltigkeitsorientierte Verbrauchersozialpolitik lassen sich Maßnahmen in vier Aufgabenfeldern ableiten: (1) finanzielle Förderung, (2) zugehende Unterstützung, (3) Bildung und Beratung, (4) Organisations- und Infrastrukturerentwicklung.

Finanzielle Förderung von einkommensschwachen Verbrauchern wird dauerhaft erforderlich sein. Die Autoren der Halbtagsgesellschaft schließen nicht aus, dass sich in bestimmten Fällen die Haushaltseinkommen besonders stark verringern. Einen finanziellen Förderbedarf sehen sie insbesondere bei Haushalten mit Kindern, vor allem bei Alleinerziehenden; sie sehen aber auch hier die Möglichkeiten für Zusammenschlüsse zur gemeinsamen bzw. abwechselnden Betreuung der Kinder (Schaffer/Stahmer 2005, 235; 2006a, 17f.). Außerdem ergibt sich ein solcher Förderbedarf für Auszubildende, Studierende, Erwerbslose, Geringverdiener sowie Empfänger von geringen Versorgungsbezügen. Das würde zum einen die Fortsetzung bzw. Verstärkung der bereits veranlassten ‚Hilfspakte‘ und zum anderen die Durchführung neuer Maßnahmen, wie das beschlossene, aber nicht umgesetzte ‚Klimageld‘ einschließen.

Für einen erweiterten Kreis der Verbraucher kämen auch finanzielle Hilfen für den Austausch von unwirtschaftlichen und umweltintensiven Altgeräten in Betracht. Dies könnte, wie bisher für vergleichbare Maßnahmen, in Form von Zuschüssen oder zinsgünstigen Krediten für die Neuanschaffung geschehen. Für die finanzielle Förderung insgesamt wäre sicherzustellen, dass diese zielgenau gewährt wird, ohne die Bürokratie übermäßig auszuweiten (kritische Analysen im Ifo Schnelldienst 2022).

Zugehende Unterstützung mit konkreter Hilfestellung für die Alltags- und Lebensgestaltung in besonderen Lebenslagen wäre vor allem für eingeschränkt handlungsfähige Verbraucher zu organisieren, soweit nicht soziale Netzwerke die Hilfen bereitstellen können. Dies könnte sowohl in dünn besiedelten als auch in hoch verdichteten urbanen Gebieten der Fall sein. Hier ist insbesondere an

Alleinstehende, Alleinerziehende und ältere Verbraucher zu denken. Auch solche Leistungen werden bereits gegenwärtig von privaten und öffentlichen Trägern erbracht, z.B. in Familienpflegeeinsetzen freier Träger der Wohlfahrtspflege. Sie wären aber auch mit Bildungs- und Beratungsmaßnahmen anzureichern und idealerweise im Rahmen des Quartiersmanagements zu organisieren und ggf. durch öffentliche Förderung abzusichern (ConPolicy 2017a, 2017b, 2023).

Bildungs- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wären auf der Grundlage eines erweiterten Verständnisses des Verbrauchers in den Rollenausprägungen als Verbraucher-Produzent, Verbraucher-Bürger und Verbraucher-Unternehmer zu konzipieren und umzusetzen. Bildung und Beratung haben in der Verbraucherpolitik schon länger eine eigenständige Ausprägung erhalten, die von einem engen Verbraucherverständnis, hauptsächlich in der Rolle als schutzwürdiger Käufer, Kunde und Konsument ausgeht. Die Rollenausprägungen als Prosumer, Concitizen und Copreneur finden nur im Hinblick auf einzelne Themenfelder Berücksichtigung, z.B. bei der Nutzung von Reparaturgelegenheiten, bei der Selbstversorgung mit Strom und bei dem entgeltlichen Teilen von Wohnraum. Bildung und Beratung zur hauswirtschaftlichen Arbeit sowie zu Betreuung und Pflege gelten dagegen herkömmlich als traditionelle Aufgaben von Verbänden der Hauswirtschaft und der freien Wohlfahrtspflege. Die gesonderten Ansätze wären zusammenzuführen und um neue Inhalte der Verbraucherbildung und -beratung zu ergänzen, in deren Mittelpunkt die Selbstorganisation in der Nicht-Marktökonomie sowie deren Vernetzungen mit der Marktökonomie stehen müssten. Dazu gehört vor allem die Gründung von Initiativen, Netzwerken und formalen Organisationen, wie Vereine, kleine haushaltsverbundene Unternehmen und Genossenschaften (Piorkowsky 2014, 2020, 2023).

Organisations- und Infrastrukturrentwicklung betrifft die Initiierung, Anleitung und Begleitung des Aufbaus von gemeinwohlorientierten Netzwerken und Organisationen vor Ort und darüber hinaus (Stahmer 2011, 107f.; Heinze 2020, 135f.). Hier wäre insbesondere an die Maßnahmen zum Quartiersmanagement anzuknüpfen. Die erhoffte Beteiligung und Selbstorganisation bedarf starker Impulse und konkreter Unterstützung für den Aufbau und die Stabilisierung haltender Strukturen. Notwendig dafür erscheinen vor allem auch Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung für Gemeinwohlorganisationen. Beispielhaft sei die Familienpflege angesprochen, die nicht nur generationenübergreifend, sondern oft auch multiproblemorientiert ausgerichtet ist und damit den Vorgaben mehrerer administrativer Partner hinsichtlich Finanzierungsanträgen sowie Leistungs- und Verwendungsnachweisen nachkommen muss.

Außerdem erscheinen Kampagnen für ein neues Verbraucherverständnis unverzichtbar, um dem sozialen Engagement mehr gesellschaftliches Ansehen zu verschaffen. Die Autoren des Modells der Halbtagsgesellschaft weisen nachdrücklich darauf hin, dass die individuelle Bereitschaft zur Umschichtung von Erwerbs- zu Nicht-Erwerbsarbeit sowie die Gestaltung der neuen Muster von Produktion und Konsum durch entsprechende Anreize gefördert werden müssten. Insbesondere informelle Arbeit und soziales Engagement bedürften dringend einer Aufwertung und der Einübung in neue oder zumindest ungewohnte organisatorische Systeme, wie Tauschringe und Zeitkonten für Gutschriften der „Ersatzwährung“ (Schaffer/Stahmer 2006a, 18). Haushalts- und Gemeinschaftsarbeit muss im Prinzip zumindest ebenso wie Erwerbsarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt sein, wenn die breite Umwidmung von Erwerbsarbeit in nicht marktvermittelte Arbeit gelingen soll (Schaffer/Stahmer 2005, 235).

3. Ausblick

Die Umsetzung der konkreten Utopie der Halbtagsgesellschaft bzw. einer daran orientierten Teilzeit-Erwerbsgesellschaft wäre mit weitreichenden Veränderungen für einen erheblichen Teil der Mitglieder unserer Gesellschaft verbunden. Unmöglich erscheint dieser Weg allerdings nicht; und er scheint auch nicht nur mit Verzicht und Tristesse verbunden zu sein. Einiges ist bereits in Ansätzen vorhanden oder wird ersehnt, wie kürzere Erwerbsarbeitszeiten und mehr selbstbestimmte Tätigkeit. Etliches ist unklar, z.B. die Auswirkungen auf die Finanzen der öffentlichen Haushalte, die insbesondere von der Entwicklung der Märkte und der Unternehmen, vom Ausmaß der Verteilung der Erwerbsarbeit und vom Umfang der Gewährung von Lohnausgleichszahlungen, abhängt (Schaffer/Stahmer 2005, 235; Lang 2006). Entscheidende Weichen wären im Prozess des Übergangs zu stellen. In dem Maße, in dem eine zielgenaue Verbrauchersozialpolitik Verbraucher darin unterstützt, ihre erweiterten produktiv-konsumentiven Rollen fokussiert und verstärkt annehmen und ausführen, könnte das Ziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen – und auch freiheitlichen – Gesellschaft erreichbar sein. Mit einer kurzen Übergangszeit kann allerdings nicht gerechnet werden.

Literatur

- Ayres, R.U. & U.E. Simonis (1994). Industrial metabolism: Theory and policy. In R.U. Ayres & U.E. Simonis (Hrsg.): *Industrial metabolism: Restructuring for sustainable development*. Tokyo: United Nations University Press, 3–20.
- Bala, C. & K. Müller (2014). Einleitung: Der verletzliche Verbraucher. Die sozialpolitische Dimension der Verbraucherpolitik. In C. Bala & K. Müller (Hrsg.): *Der verletzliche Verbraucher. Die sozialpolitische Dimension der Verbraucherpolitik*. Düsseldorf: Verbraucherzentrale NRW, 7–16.
- Bertsch, F. & M.-B. Piorkowsky (2005). Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 3, 32–38 (www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29290/impulse-fuer-die-neue-politik-der-sozialen-stadt/).
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (2001). Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin: BAMS (www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/lebenslagen-erster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (2010). *Der vertrauende, der verletzliche oder der verantwortungsvolle Verbraucher? Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik*. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Berlin: vz bv (www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/Strategie_verbraucherpolitik_Wiss_BeiratBMELV_2010.pdf).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und Umweltbundesamt (UBA) (2023). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Berlin: BMUV/UBA (www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2022).
- ConPolicy (2017a). Neues Projekt fördert Verbraucher in benachteiligten Stadtteilen. *Verbraucherpolitik aktuell* vom 19.9.2017. Berlin: ConPolicy (www.conpolicy.de/aktuell/neues-projekt-foerderter-direkte-verbraucherschutz-in-benachteiligten-stadtteilen/).
- ConPolicy (Autoren: M. Vetter & C. Thorun) (2017b). *Verbraucherberatung im Quartier. Evaluationsbericht 2017*. Berlin: Institut für Verbraucherpolitik (www.conpolicy.de/data/user_upload/Pdf_von_Publikationen/Evaluationsbericht_VZ_im_Quartier.pdf).
- ConPolicy (Autor: O. Lell) (2023). *Prozess-Evaluation des Projekts „Verbraucher Stärken im Quartier“ Endbericht*. Berlin: Institut für Verbraucherpolitik (www.verbraucherzentrale.de/sites/default/files/2023-11/23_10_10-vzbv-quartierevaluation-bericht_final_0.pdf).
- Dahm, J.D. (2006). Zivile Keimzellen der Halbtagsgesellschaft. Potenziale bürgerschaftlicher Einrichtungen. In S. Hartard, A. Schaffer & C. Stahmer (Hrsg.): *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 97–107.
- Deutscher Bundestag (1971). [Erster] Bericht zur Verbraucherpolitik. [Unterrichtung durch den Bundeskanzler Willi Brandt] BT-Drucksache VI/2724, 1971. Berlin (dserver.bundestag.de/btd/06/027/0602724.pdf).
- Deutscher Bundestag (2019). *Umweltbericht 2019. Umwelt und Natur als Fundament des sozialen Zusammenhalts. Unterrichtung durch die Bundesregierung*. BT-Drucksache 19/13400, 19.9.2019 (dserver.bundestag.de/btd/19/134/1913400.pdf).

- Die Bundesregierung (2023). *Gemeinsam den Wandel gestalten. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele* (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-17-globalen-nachhaltigkeitsziele-1553514).
- Gross, P. & B. Badura (1977). Sozialpolitik und Soziale Dienste: Entwurf einer Theorie personenbezogener Dienstleistungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 19, 361–385.
- Heinze, R.G. (2020). *Gesellschaftsgestaltung durch Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hellmann, K.-U. (2023). Gnothi seauton, mündiger Verbraucher! Zur Leitbilddebatte in einem entwicklungsgehemmten Politikfeld – eine Materialsammlung. In K.-U. Hellmann: *Theater des Konsums. Vorstudien zu einer Theorie der Verbraucherbühnen*. Wiesbaden: Springer VS, 239–344.
- Ifo (2022). Entlastungspakete, Tankrabatt, Übergewinnabschöpfung: Wie weit kann der Staat uns in Krisen schützen? *ifo Schnelldienst*, 75, 11 (www.ifo.de/DocDL/sd-2022-11-lay-peichl-etal-entlastungspakete.pdf).
- Jaquemoth, M. & R. Hufnagel (2018). *Verbraucherpolitik. Ein Lehrbuch mit Beispielen und Kontrollfragen*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Joerges, B. (1981). Berufsarbeit, Konsumarbeit, Freizeit: Zur Sozial- und Umweltverträglichkeit einiger struktureller Veränderungen in Produktion und Konsum. *Soziale Welt*, 32, 168–195.
- Klemisch, H. & M. Boddenberg (2016). Genossenschaftliche Verbrauchermodelle. Potenziale für eine verbraucherfreundliche Gestaltung der Energiewende. In C. Bala & W. Schuldzinski (Hrsg.): *Prosuming und Sharing – Neuer sozialer Konsum: Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion*. Düsseldorf: Verbraucherzentrale NRW, 153–172.
- Lang, E. (2006). Staatliche Finanzierung in der Halbtagsgesellschaft. In S. Hartard, A. Schaffer & C. Stahmer (Hrsg.). *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsähnige Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 133–142.
- Loske, R. (2016). Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Überlegungen zur Wiedereinbettung der Ökonomie in Gesellschaft und Natur. In C. Bala & W. Schuldzinski (Hrsg.): *Prosuming und Sharing – Neuer sozialer Konsum: Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion*. Düsseldorf: Verbraucherzentrale NRW, 31–62.
- Paech, N. (2021). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom.
- Piorkowsky, M.-B. (2001). Sub-Paradigmen des Nachhaltigkeitsparadigmas. In U. Schrader & U. Hansen (Hrsg.): *Nachhaltiger Konsum. Forschung und Praxis im Dialog*. Frankfurt/New York: Campus, 49–61.
- Piorkowsky, M.-B. (2014). Verletzliche Verbraucher oder Haushalte? Anregungen aus dem Armutsspräventionsprogramm und den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung. In C. Bala & K. Müller (Hrsg.): *Der verletzliche Verbraucher. Die sozialpolitische Dimension der Verbraucherpolitik*. Düsseldorf: Verbraucherzentrale NRW, 17–36.
- Piorkowsky, M.-B. (2020). *Ökonomie ist menschlich. Wirtschaft und Wirtschaftslehre neu gedacht*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Piorkowsky, M.-B. (2023). *Hybride ökonomische Akteure und Organisationen. Anomalien, Normalität oder Artefakte – eine Annäherung*. Wiesbaden: Springer Gabler.

- Raworth, K. (2018). *Doughnut economics. Seven ways to think like a 21st-century economist*. London: Penguin Random House.
- Remmert, H. (1992). *Ökologie. Ein Lehrbuch*. Mit Beiträgen von M. K. Grieshaber, U. Sommer, D. Werner und R. Conrad. Fünfte, neu bearb. und erw. Aufl., Berlin/Heidelberg: Springer.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2020). *Nachhaltigkeit als Aufgabe historischer Dimension: Deutschland jetzt auf einen ökologisch zukunftsfähigen Pfad bringen*. Berlin: SRU (www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2020_12_i_mpulspapier_nachhaltigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=5).
- Schaffer, A. & C. Stahmer (2005). Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. *GAIA*, 14, 229–239 (www.carsten-stahmer.de/downloads/HP.2005-09.%20Halbtagsgesellschaft%20-%20Konzept.pdf).
- Schaffer, A. & C. Stahmer (2006a). Konzepte für eine Halbtagsgesellschaft. In S. Hartard, A. Schaffer & C. Stahmer (Hrsg.): *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 11–18.
- Schaffer, A. & C. Stahmer (2006b). Skizze einer Halbtagsgesellschaft. In S. Hartard, A. Schaffer & C. Stahmer (Hrsg.): *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 177–184.
- Scherhorn, G. (1973). *Gesucht: der mündige Verbraucher. Grundlagen eines verbraucherpolitischen Bildungs- und Informationssystems*. Unter Mitarbeit von R.M. Hansen, H. Imkamp & C.-H. Werner. Düsseldorf: Droste.
- Stahmer, C. (2011). Modell einer Halbtagsgesellschaft mit Arbeitswerten und Ökosteuern. In Internationale Forschungsgemeinschaft für Politische Ökonomie (IFPÖ) (Hrsg.): *EU am Ende? Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft*. Berlin: Verlag am Park, 92–125.
- Statistisches Bundesamt (2024). *Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022* (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Ergebnisse/_inhalt.html).
- Umweltbundesamt (2020). *Daten zur Umwelt. Umweltmonitor 2020*. Berlin: UBA (www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/daten-zur-umwelt_umweltmonitor-2020_webfassung_bf.pdf).
- Verbraucherzentrale Bundesverband (2022). *Deutscher Verbrauchertag 2022. Energie. Preis. Krise*. Berlin: vzvb (www.vzvb.de/termine/deutscher-verbrauchertag-2022-energie-preis-krise).
- World Commission on Environment and Development (1987). *Our Common Future*. Oxford/New York: Oxford University Press.

